# Deutsche Rundschau

## in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau

Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 1150 Mk., monatl. 385 Mk. In den Ausgabestellen viertelj. 1050 Mk., monatl. 350 Mk. Bei Postbezug viertelj. 1155 Mk., monatl. 385 Mk. In Deutschland unter Streifband monatl. 60 Mk. deutsch. — Einzelnummer 25 Mk. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Für die 34 mm breite Kolonelzeile 80 Mk., für die 90 mm breite Reklamezeile 350 Mk. Ausland, Oberschlesien und Freistaat Danzig 10 bzw. 40 deutsche Mk. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offerten- und Auskunftsgebühr 200 Mk. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

**Nr. 185. Bromberg, Sonnabend den 9. September 1922. 46. Jahrg.**


## Der Block der nationalen Minderheiten und die „Prawda".

Unsere polnische Presse beschäftigt sich in letzter Zeit mit Vorliebe mit dem „bösen, gefährlichen" Block der nationalen Minderheiten. Blätter aller Richtungen sind sich darüber einig, daß dieser Block nicht so sehr zum Schutz der Rechte der nationalen Minderheiten (vorab für die Wahlen) gegründet worden, sondern in Wahrheit als eine „politische Demonstration aufzufassen sei, „die sich deutlich gegen den polnischen Staat richtet". Nachdem das „Journal de Pologne" in seiner Nr. 196 in dieser Richtung den Anfang gemacht, spielen jetzt alle Zeitungen, die nationalistischen im besonderen, mit diesen Gedankengängen und konstruieren die tollsten Schreckgespenster. So schreibt die Posener „Prawda", das Organ der nationalen Arbeiterpartei, in ihrer 201. Nummer:

„Der Block der nationalen Minderheiten setzt sich zusammen aus Vertretern der Weißrussen, Deutschen, Russen, Ukrainer und Juden. Man braucht nicht hinzuzufügen, daß darin die Deutschen und die Juden die Hauptrolle spielen. Ihre Vertreter im Sejm (Haßbach und Grünbaum) haben öffentlich die Schaffung eines solchen Blockes angekündigt, und weil es schwer anzunehmen ist, daß sie von den angeblichen Chancen dieses Blockes im Ernst überzeugt sind, muß man annehmen, daß sie bei der Bildung des Blocks andere Ziele im Auge hatten, die von ihrem Gesichtspunkte aus nicht minder real sind. Es handelt sich hier zweifellos um eine politische Demonstration, die sich deutlich gegen den polnischen Staat und das polnische Volk richtet. Die Führer des deutsch-jüdischen Nationalismus (?) wissen recht gut, daß es für Polen auf internationalem Gebiete viele Fragen gibt, die bisher noch ungelöst sind, und weil sie das wissen, betreiben sie ein Spiel, das geeignet ist, in den uns nicht freundlich gesinnten Kreisen des Auslandes Ansichten zu erhalten und zu verbreiten, welche uns schaden und unsere staatlichen Interessen bedrohen. Dazu brauchen sie auch den Block aller derer, die als nationale Minderheiten in unserem Staate wohnen und angeblich bedrängt und unterdrückt werden. Unter diesen Bedingungen läßt sich leicht begreifen, weshalb auf die lange Liste der „bedrängten Minderheiten" auch völlig unreale politisch-nationale Faktoren eingetragen wurden, wie die Weißrussen und Russen. Es handelt sich darum, im Ausland, das über unsere inneren Verhältnisse sehr schwach orientiert ist, einen möglichst großen Effekt zu erzielen.

Dieses Spiel ist zu durchsichtig, als daß die polnische Allgemeinheit seine wahren Ziele nicht einschätzen könnte. Zugleich aber ist dieses Spiel für die deutschen und jüdischen Interessen selbst gefährlich, was den Vertretern dieser beiden Minderheiten nicht minder klar und deutlich gesagt werden muß. Worum mag es sich für diese beiden Gruppen handeln, wenn sie offensichtlich die polnische Gemeinschaft herausfordern? Glauben sie, daß sie auf diese Weise eine Schwenkung in der Auffassung der Allgemeinheit und in der Stellungnahme der Regierung ihren Forderungen gegenüber zu ihren Gunsten erreichen werden? Sie irren sich vollkommen. Die Allgemeinheit, die immer mehr Beweise von dem nicht loyalen Standpunkt der Deutschen und Juden dem polnischen Staate gegenüber in den Händen hat und immer mehr Tatsachen, die der polnischen Politik schaden, auf ihrer Seite feststellen muß, wird um so wachsamer sein und immer geschlossener gegen diese Elemente vorgehen! In dieser Hinsicht ist es notwendig, daß die Führer des deutsch-jüdischen Blocks sich Rechenschaft darüber geben, welches der Standpunkt der linken nationalen Kreise ist, die in Wahrheit bei der Beurteilung der nationalen Aufgabe in Polen sich nicht leiten lassen von Gesichtspunkten des Hasses oder von Vorurteilen des Bekenntnisses, sondern vom Geist der Demokratie, der weit und ehrlich aufgefaßt ist und aus der Geschichte Polens fließt, der zugleich aber niemals von den nationalen und staatlichen Interessen Polens abweichen wird.

Das nationale Lager der Arbeiter ist schon auf Grund seines Programms Anhänger einer gerechten Behandlung der nationalen Minderheiten, und ist für eine ehrliche Zusicherung der durch die Konstitution ihnen garantierten bürgerlichen Rechte und kulturellen und nationalen Freiheiten an diese Gruppe. Wir, die wir uns aus der Hölle der Knechtschaft (sic!) und der fremden Bedrückung befreit haben, werden niemals zulassen, daß in unserem freien Vaterlande die bankerotten Methoden des preußischen Hakatismus eine Heimstätte finden. Aber wenn wir auch die politische und nationale Freiheit für alle Bürger des polnischen Staates ohne Rücksicht auf Herkunft und Bekenntnis verkünden, so werden wir uns niemals damit einverstanden erklären, daß unsere Feinde darunter die Freiheit verstehen, Polen zu schädigen und es Fremden gegenüber zu beschimpfen, und noch viel weniger die Freiheit, eine verbrecherische Agitation gegen das Bestehen des Staates zu betreiben. In dieser Hinsicht kennen wir keine Kompromisse und sagen uns offen von jeder Toleranz los, und wenn uns auch dafür von seiten der nationalen Minderheiten und ihrer sozialistischen Beschützer die schwärzesten Vorwürfe der Reaktion, des Chauvinismus usw. treffen sollten.

Was die Juden anbetrifft, so muß vor allem noch eine Frage klargestellt werden: Der Kampf um die Unabhängigkeit unseres wirtschaftlichen Lebens und seine Befreiung aus den Händen fremder und polenfeindlicher Elemente, den wir führen werden, hat nichts gemeinsam mit Rassen- oder Bekenntnishaß. Das Hauptziel dieser Bewegung besteht darin, den polnischen Besitz zu stärken, und wenn sie sich vor allem gegen die Juden richtet, so ist das nur die Folge der jetzigen ungesunden und schädlichen Verhältnisse.

Die nationalen Minderheiten in Polen haben die Möglichkeit ruhigen Lebens und freier Entwickelung. Niemand denkt daran, sie zu entnationalisieren oder ihre kulturellen Eigentümlichkeiten zu beschränken. Wenn solche Tendenzen, die zur ruhmreichen Tradition unseres Staates im Gegensatz stehen, in Polen auftauchen sollten, als eine wirkliche Gefahr, dann würde zweifelsohne die ganze polnische Demokratie geschlossen gegen sie auftreten. Die erste Bedingung jedoch für eine normale Regelung der Verhältnisse eines friedlichen Nebeneinanderlebens mit den nationalen Minderheiten muß von ihrer Seite ein vollkommen loyaler und aufrichtiger Standpunkt gegenüber dem polnischen Staate sein. Niemand wird jedoch heute zu behaupten versuchen, daß eine solche Demonstration gegen den Staat wie der letzte Block der nationalen Minderheiten die notwendigen Bedingungen für eine solche Politik schafft."

* * *

Wie werden die Schöpfer des Minderheitenwahlblockes staunen, wenn sie von der „Prawda" jetzt erfahren, welches der eigentliche Zweck dieses Blockes ist, nämlich eine „politische Demonstration, die sich gegen den polnischen Staat richtet". Recht interessant muß es für sie fernerhin sein, zu erfahren, daß sie selbst „an die Chancen des Blockes für die Wahlen nicht glauben". Es nimmt uns nationale Minderheiten nach alledem, was wir schon erlebt haben, nicht mehr wunder, daß unsere harmlosesten Unternehmungen mißverstanden und unseren selbstverständlichsten Maßnahmen zum Schutze unserer Rechte staatsfeindliche Absichten untergelegt werden. Es ist das die unausrottbare Furcht vor einer Irredenta, an die unter den Minderheiten kein Mensch denkt. Wenn die polnischen Blätter, auch die „Prawda", natürlich auf dem Standpunkt stehen, daß „die nationalen Minderheiten in Polen die Möglichkeit ruhigen Lebens und freier Entwickelung haben", dann braucht man sich über nichts, auch über die unmöglichsten Kombinationen nicht mehr zu wundern. Wie es in Wahrheit darum steht, „daß niemand daran denkt, die nationalen Minderheiten zu entnationalisieren oder ihre kulturellen Eigentümlichkeiten zu beschränken", das wissen wir alle zur Genüge; wir verweisen nur auf die Behandlung der deutschen Ansiedler und in letzter Zeit besonders auf die Angriffe auf die deutschen Schulen u. s. f.

Wir erklären der „Prawda" noch einmal klar und ehrlich, daß die Minderheiten durch die Behandlung, die ihnen zuteil wird und eher alles andere ist als Gleichberechtigung (siehe die Wahlordnung), gezwungen wurden, sich zusammenzuschließen, um durch diesen Zusammenschluß eine Vertretung im kommenden Sejm zu erreichen, die ihrer Zahl und Bedeutung im Staatsleben entspricht. Das allein ist der Zweck des Blockes, und alles andere ist Konstruktion und krasse Verleumdung.

## Die Streiklage unverändert.

**Warschau**, 8. September. Der Vorstand des Verbandes der Postangestellten veröffentlicht über die Ursachen des Streikes und die Streiklage folgenden Bericht:

„In den gestrigen Vormittagsstunden setzte der Vorstand des Hauptverbandes der Angestellten der Post, des Telegraphen und des Telephons der Republik die Verhandlungen mit dem Generalarbeitsinspektor über die durch die Regierung nicht erledigten Forderungen fort. Der Verband forderte eine einmalige Unterstützung, ein Existenzminimum, sowie die Aufhebung der Teuerungszonen. Sämtliche Forderungen wurden von der Regierung endgültig abgelehnt. Dagegen erklärte der Generalinspektor, daß die Regierung die dritte Teuerungszone aus Anlaß des neuen Gesetzes über die Besoldung aufheben und dafür Sorge tragen werde, daß dieses Gesetz noch im September durchgeführt wird. Außerdem wurde die Möglichkeit erwogen, Darlehen in Höhe eines Dreimonatsgehalts an die Angestellten mit großer Familie zu gewähren. Nachdem den Angestellten die endgültige Antwort der Regierung mitgeteilt worden war, brach in allen Zentren des Landes, außer in Ostgalizien, der Streik aus, der sämtliche Arbeitskategorien erfaßte.

Der Vorstand des Hauptverbandes unternahm sämtliche Schritte, um der Regierung die Not des Personals und die Notwendigkeit vor Augen zu führen, daß diesen zu Hilfe gekommen werden müßte, doch die entschieden ablehnende Haltung der Regierung erbitterte das Personal bis zur Verzweiflung.

Der Vorstand des Hauptverbandes bemüht sich schon seit vier Jahren bei der Regierung um ein besonderes Gesetz über die Besoldung, das den Angestellten der niedrigsten Grade das Existenzminimum sichern würde. Doch die Regierung denkt bis jetzt nicht einmal an ein besonderes Gesetz über die Besoldung, und daher empfindet auch das Personal der Post, des Telegraphen und des Telephons, das in weit niedrigere Gehaltsstufen eingereiht ist, als die Angestellten der anderen Ressorts, die Not weit empfindlicher. Die Forderungen der Post- und Telegraphenangestellten waren niemals zu hoch und beschränkten sich darauf, sich und ihren Familien das Existenzminimum zu bewirken. Der bevorstehende Winter, der Mangel an Heizmaterial, warmer Kleidung und der notwendigsten Artikel sowie die große Verschuldung der Angestellten aller Kategorien nötigten das Personal, eine einmalige Winterbeihilfe zu fordern, ohne die sie nicht existieren können, und die kategorische Ablehnung dieser Forderung durch die Regierung rief die Niederlegung der Arbeit hervor.

Die Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten haben während der ganzen Zeit des Bestehens der polnischen Post Beweise ihrer grenzenlosen Opferwilligkeit für den Staat gegeben, doch die ständige Verneinung ihrer elementarsten Bedürfnisse sowohl durch das Ministerium der Posten und Telegraphen, als auch durch andere staatliche Organe haben die Unzufriedenheit gesteigert.

*

Die polnische Presse hält den Streik für durchaus begründet, da die abgelehnten Forderungen zweifelsohne berechtigt seien, wenn man die von Tag zu Tag steigende Teuerung berücksichtige. Der „Glos Pomorski"-Graudenz weist auf die traurige Tatsache hin, daß die Briefträger auf den Dörfern 18 000 Mark monatlich beziehen und mit Kinderzulagen höchstens bis zu 29 000 Mark. Die Unterbeamten erhalten: Der Junggeselle 31 600—45 000 M., der Verheiratete mit kleiner Familie 38 000—50 000 M., mit mittlerer Familie 42 000—65 000 M., mit großer Familie 56 000—82 000 M. Die Bezüge der Beamten sind folgende: Der Junggeselle 35 675—50 500 M., der Verheiratete mit kleiner Familie 67 010 M., mit mittlerer Familie 78 835 M., mit großer Familie 90 310 M. Es ist hinzuzufügen, daß den Angestellten der Post und Telegraphie keine Überstunden bezahlt werden; gezahlt wurden für den Nachtdienst bis jetzt 8 M., dieser Betrag ist auf 16 M. erhöht worden. Die Forderungen, die dem Ministerium der Posten und Telegraphen von seiten des Verbandes überreicht wurden, werden in folgenden Zahlen dargestellt: Für die etatsmäßigen unteren Angestellten 85 000 M. monatlich und für die mittleren Beamten 110 000 M., außerdem eine einmalige Unterstützung für Zwecke, die in dem Aufruf des Verbandes näher bezeichnet sind.

In Warschau fand gestern eine Konferenz der Pressevertreter mit dem Finanzminister in der Frage der Forderungen statt, die von den streikenden Beamten und Angestellten der Posten und Telegraphie erhoben werden. Der Finanzminister hob einleitend hervor, daß sich die Regierung der Frage der Besoldung der Staatsbeamten sehr warm annehme, doch die Finanzlage gestatte es nicht, die Gehälter so zu regeln, wie dies die Lebensbedingungen erfordern. Die Forderungen der Angestellten auf Auszahlung einer Unterstützung in Höhe von 150—300 000 Mark, je nach den Familienverhältnissen, sei die Regierung nicht imstande zu befriedigen, da diese Unterstützungsaktion sich keineswegs auf die Postangestellten beschränken würde, sondern sämtliche staatlichen Angestellten umfassen müßte.

*

In der Streiklage ist bis heute eine Veränderung nicht eingetreten. Mit Ausnahme von Ostgalizien wird in fast allen Direktionsbezirken gestreikt, und der Streik umfaßt nicht allein die Unterbeamten, sondern auch die Beamten sämtlicher Kategorien.

**Danziger Börse am 8. September**
(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vorm.)
**Poln. Mark 19,70–19,20 Dollar 1380–1390**
Amtliche Devisenkurse des Vortages siehe Handels-Rundschau.

## Wenn zwei dasselbe tun . . .

Polnische Meldungen lauten folgendermaßen: In Kowno wurde ein Gesetz über die Wahlordnung veröffentlicht. Das Wahlterritorium wurde in neun Kreise geteilt, von denen sich drei außerhalb des litauischen Territoriums befinden und zu Polen gehören. Der erste Bezirk umfaßt die Kreise: Wołkowysk, Olita mit Sitz in Olita, der zweite die Kreise: Tauroggen, Kiejdany mit Bezirkssitz in Rosieny, der dritte mit Sitz in Telsze, der fünfte die Kreise: Schawlen und andere mit Sitz in Poniewież, der sechste mit Sitz in Uciany, der siebente ist der Wilnaer Bezirk, der achte der Bezirk Lida, der neunte der Bezirk Grodzisk. Auf diese Weise wurde das ethnographische polnische Gebiet künstlich in Bezirke verteilt, um die Zahl der polnischen Mandate zu verringern. Der für den Zeitraum der Wahlen aufgehobene Belagerungszustand betrifft nicht die Minderheiten in der Nähe der Front, d. h. Minderheiten, die fast ganz das ethnographische Gebiet Polens umfassen, was Verwaltungsrepressalien hinsichtlich Polens ermöglicht.

*

„Was du nicht willst, daß man dir tu', das füg auch keinem andern zu." Diese oft ausgesprochene, aber in der Politik so selten angewandte Binsenwahrheit wird durch die litauische Wahlordnung so recht handgreiflich zu Gemüte geführt. Natürlich, Polen handelt und urteilt nach dem Spruch: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe." Wir stehen allerdings auf einem anderen Standpunkt. Für uns sind die deutsche Minderheit in Polen und die polnische Minderheit in Litauen in völlig gleicher Lage. Wir müssen also den Polen, die durch ihre Wahlkreisgeometrie das Deutschtum möglichst künstlich zerteilt und zerschnitten haben, um ihm Mandate zu nehmen, jede Berechtigung zur Klage absprechen, wenn Litauen angeblich den Polen gegenüber dasselbe tut. Litauen ahmt nur die polnische Wahlordnung nach. Polen sollte stolz sein, daß seine überlegene Staatskunst solche Nacheiferung findet.

## Anbiederungsversuche der Nationalpolen.

Die in Bielitz erscheinende „Oberschlesische Deutsche Zeitung" veröffentlicht folgenden Appell:

„Wir stehen vor den Wahlen zum Warschauer Sejm und Senat. Am 4. November sollen sie stattfinden. Da ist es nun gar nicht verwunderlich, daß besonders in den politischen Lagern der polnischen Parteien, die sich gegenseitig aufs heftigste befehden, heute schon reges Leben herrscht und daß jede einzelne der Parteien heute bereits die Angel nach Helfern und Bundesgenossen auswirft. Daß es bei diesen Bestrebungen an den schönsten Verheißungen, den lockendsten Versprechungen nicht fehlt, ist bei der Mentalität der Herren Führer weiter nicht verwunderlich, ebensowenig wie die polnischen Parteien auf der Suche nach politischen Helfern von keinen Skrupeln und Bedenken sich leiten lassen, so daß dieses Beginnen nichts anderes ist als eine ganz plumpe Bauernfängerei. Oder wie anders soll man den Versuch der polnischen Nationaldemokraten, dieser Träger des erbittertsten Haßgedankens gegen alles was deutsch denkt und fühlt, bezeichnen, wenn sie versuchen, die Deutschen der Bialaer Sprachinsel in ihre Netze zu locken und sie für sich zu gewinnen. Und wenn es deutsche Kreise in Biala, Lipnik, Alzen gibt, welche auf Grund der Lockungen mit dem Gedanken eines Zusammengehens der deutschen Minderheiten

in Galizien mit den Nationaldemokraten oder anderen polnischen Parteien spielen, ja, sogar die Frage, vorläufig allerdings nur im kleinen Zirkel, ventilieren, so kann man diese Herrschaften nur an das bekannte Sprichwort von den Kälbern erinnern, die sich ihre Metzger selber wählen.

Denn für uns Deutsche in ganz Polen, ganz gleich ob in Stadt oder Land, kann und darf es nur eine einzige Losung, ein einziges Programm, ein einziges Bündnis geben. Die Parole heißt: Der Minderheitsblock, der uns Deutsche mit den Ruthenen, Weißrussen, Juden und den anderen völkischen und konfessionellen Minderheiten zu einem einzigen, festen Block zusammenschmiedet zur Wahrung unserer durch die polnischen Chauvinisten hart bedrohten Minderheitsrechte im polnischen Staate. Darf es da ein Feilschen, ein Liebäugeln mit dem völkischen Gegner geben? Wäre das nicht der schmählichste Verrat an der Sache unseres Volkstums und der gesamten Minderheiten? Unsere Stellung im kommenden Wahlkampfe ist uns heute bereits klar und deutlich vorgezeichnet. „Wir müssen warten, bis wir von den leitenden Stellen der Minderheitsblockpolitik unsere Weisungen erhalten, denen wir dann rückhaltlos folgen müssen. Alles andere wäre schnöder, feiger Verrat, der sich in der Zukunft an uns selbst am bittersten rächen müßte. Und wer will der Verräter sein?“

## Aus der Wahlbewegung.

### Fehler im Wahlkalender.

Der „Dziennik Poznański“ berichtet in seiner Nr. 201 von Fehlern, die sich in den Wahlkalender, der am 18. August in Nr. 66 des „Dziennik Ustaw“ veröffentlicht worden ist, eingeschlichen haben.

So ist z. B. der Termin für die Einreichung der Reichswahlliste nicht der 28., sondern der 26. September. Die endgültige Frist für die Einlegung einer Berufung beim Distriktswahlausschuß gegen die Übergehung in der Wählerliste oder gegen die Eintragung eines Unberechtigten ist nicht der 28., sondern der 29. September. Die Kandidaten der Reichswahllisten müssen zu Händen des Vorsitzenden des Wahlausschusses eine Erklärung abgeben, daß sie mit dem Abgeordnetenmandat einverstanden sind, und zwar nicht am 6. Oktober, sondern am 4. Oktober. Der Termin für die Einreichung der Kandidatenlisten für die Bezirkswahlen ist ebenfalls um zwei Tage eher ausgefallen, und zwar statt des 8. Oktober gilt jetzt der 6. Oktober. Die Bevollmächtigten der Kandidatenlisten für die Bezirkswahlen sollen beim Bezirkswahlausschuß eine Erklärung abgeben, daß die Bezirkswahlliste an die Reichswahlliste angegliedert wird, aber nicht am 16., sondern am 14. Oktober. Die letzte Änderung betrifft den Termin der nochmaligen Auslegung der Wählerlisten. Dieser Termin ist um einen Tag verkürzt worden, und zwar kommt nunmehr der 27. Oktober in Betracht.

## Die freie Schulwahl.

**Teschen**, 7. September. Kürzlich kam die Angelegenheit des Schulerlasses der Teschener Schulkommission, wodurch den Eltern das elementarste Recht, die Schule für ihre Kinder frei zu bestimmen, genommen werden sollte, vor dem Wojewodschaftsrat zur Verhandlung. Von dem deutschen Vertreter, Ingenieur Eduard Zipser, wurde der Beweis erbracht, daß der Erlaß jeder gesetzlichen Grundlage entbehre, ja im Widerspruch mit der Verfassung sei und daher aufgehoben werden müsse. Die Vertreter der Schulkommission suchten sich unter Hinweis auf einen Ministerialbescheid, der angeblich auf die Beschwerde der Deutschen ergangen sein soll, zu decken. Die Schulkommission bekam den Auftrag, bis zur nächsten Sitzung, also innerhalb einer Woche, die gesetzmäßigen Grundlagen des Erlasses zu prüfen und darüber an den Wojewodschaftsrat zu berichten. Die „Oberschl. Dtsch. Ztg.“ meint, es stehe zu erwarten, daß dieser gänzlich ungesetzliche Erlaß doch aufgehoben werden wird, da auch in rechtlich denkenden polnischen Kreisen die Anschauung vorherrscht, daß die Schulkommission nicht berechtigt war, den vorjährigen Erlaß, der auf ein Jahr befristet war, zu erneuern. — Durch die Aufhebung dieses Erlasses wird den Eltern das Grundrecht, die Schule für ihre Kinder zu wählen, zurückgegeben.

Solange die gesetzliche Grundlage des Erlasses nicht gegeben ist, hat die Bevölkerung keine Pflicht, den Forderungen des Erlasses zu entsprechen.

## Republik Polen.

### Die polnisch-deutschen Verhandlungen.

Am Mittwoch fand in Dresden die erste Plenarsitzung der polnischen und der deutschen Delegation für die polnisch-deutschen Verhandlungen statt. Minister Stockhammer gab in seiner Begrüßungsansprache der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis führen mögen. In der Erwiderung betonte Minister Olszowski, daß bei den Vorverhandlungen in Warschau beide Parteien durch Tatsachen bewiesen hätten, daß sie eine Verständigung anstreben. Gestern begann die Transitkommission ihre Arbeiten und heute tritt die Archivkommission zu einer Sitzung zusammen. Die Frage der Kriesnoten wird jedenfalls morgen zur Beratung stehen.

### Verhaftung kommunistischer Jugend.

**Warschau**, 6. September. Blättermeldungen zufolge hat der Verband der kommunistischen Jugend Polens zur Feier des Gründungstages der kommunistischen Internationale in Bern ein großes Manifestationsfest proklamiert. Dies Fest sollte im Saale eines Kinotheaters stattfinden, jedoch hat der Besitzer im letzten Augenblick die Erlaubnis hierzu zurückgezogen. Der kommunistische Jugendverband beschloß demnach im Saale des Verbandes junger jüdischer Kaufleute eine Akademie zu veranstalten. Als gegen 9 Uhr die Akademie sich ihrem Ende näherte, betrat die politische Polizei den Saal. Ihr Erscheinen wirkte so überraschend, daß die Kommunisten keine Zeit zur Besinnung hatten. Es wurden 108 Personen verhaftet und in die einzelnen Polizei-Kommissariate abgeführt. Einige wurden wieder freigelassen. Sechzig, bei denen Beweise kommunistischer Propaganda vorgefunden wurden, wurden dem Staatsanwalt übergeben.

## Deutsches Reich.

### Die deutsche Industrie und die Garantien.

**Berlin**, 8. September. (Drahtmeldung.) Wie der Berliner „Lokalanzeiger“ aus industriellen Kreisen erfährt, erklärt sich der Reichsverband der deutschen Industrie außerstande, die Garantie für die Auslösung der deutschen Schatzscheine zu übernehmen. Der Reichsverband sei keine politische, sondern eine wirtschaftliche Organisation, die gegenwärtig harte Wirtschaftskämpfe zu führen habe. Sie habe für Rohstoffe zu bezahlen und dafür zu sorgen, daß ihr das Ausland den Kredit nicht versagt.

Gestern fand im Reichsfinanzministerium eine Sitzung statt, an der hervorragende Industrielle, darunter Stinnes und Cunow von der Hamburg—Amerika-Linie teilnahmen. Gegenstand der Beratungen war die Frage der Bedingungen, unter denen es der deutschen Industrie möglich wäre, die nötige Garantie für das Reich zu übernehmen. Heute findet vermutlich eine Kabinettssitzung statt, in der über den Verlauf der Beratungen Bericht erstattet werden soll.

### Die deutsch-belgischen Verhandlungen.

**Berlin**, 8. September. (Drahtmeldung.) Die deutsch-belgischen Verhandlungen in der Reparationsfrage gehen ihrem Abschluß entgegen. Eine Meldung betont, daß die Verhandlungen bei beiderseitigem guten Willen zu einer Einigung führen könnten. Nach einer weiteren Meldung haben die Verhandlungen bisher zu keinem positiven Ergebnis geführt.

### Das deutsche Volk nach dem Kriegsende.

Viel Trübes, neben mancherlei Erfreulichem, steht in dem dicken, im Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin, erschienenen „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“.

Daß im Jahre 1918 nur 352 543 Paare, 1919 aber schon 844 339 und 1920 gar 894 978 den Mut gehabt haben, einen Ehestand zu gründen. Daß in Deutschland noch 1918 679 662 Menschen mehr ums Leben kamen, als geboren wurden, 1919 aber bereits 282 120 und 1920 666 358 mehr ins Leben traten, als aus ihm geschieden sind. Durch Selbstmord endeten 1918: 6216 männliche, 3943 weibliche Personen; für 1919 lauten die entsprechenden Zahlen 7106 bzw. 4449, für 1920: 8690 bzw. 4682, also eine bedauerliche, stetige Steigerung.

Anders, als man bei Kriegsende voraussagte, hat sich die Auswanderung entwickelt, der freilich die Valutaverhältnisse gewaltige Hindernisse in den Weg legen. 1906 waren es 25 474, 1907: 26 380 Deutsche, die in der Fremde eine Heimat finden wollten; 1913 war die Zahl auf 18 440 zurückgegangen, um nach dem Kriege, 1921, fast in der gleichen Höhe, 18 184, wieder aufzuleben. Zu diesen Zahlen tritt eine fast gleichlautende Ziffer deutscher Auswanderer, die über fremde Häfen sich eingeschifft haben, nämlich rund 6000, in den vier angezogenen Jahren. Von einer Massenauswanderung nach dem Kriege kann also nicht die Rede sein.

## Aus anderen Ländern.

### Die griechische Südarmee gefangen.

**Paris**, 7. September. Nach einer Meldung aus Angora ist die griechische Südarmee von den kemalistischen Truppen umzingelt und nach einigem Widerstand gefangen genommen worden. Die türkischen Vorhuten sollen sich nur noch 40 Kilometer vor Smyrna befinden. Die Verluste der Griechen seit Beginn der Operationen werden auf etwa 55 000 Mann geschätzt, darunter 15 000 Gefangene. Der am 2. September bei Uschak gefangene griechische Oberkommandierende Tricupis, sowie zwei weitere Generäle befinden sich als „Gäste“ Mustapha Kemal-Paschas im türkischen Lager. Kemal gestattet ihnen, sich mit ihren Familien in Verbindung zu setzen.

Nach allen Nachrichten kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die Griechen nicht in der Lage sind, in Kleinasien noch lange Widerstand zu leisten. Andererseits wird gemeldet daß der größte Teil der auf der Tschataldscha-Linie konzentrierten griechischen Truppen in aller Eile nach dem nördlichen Kleinasien befördert wurde, um die dortige Armee zu verstärken.

Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel hat der französische, englische und italienische Dragoman der Angora-Regierung erklärt, Griechenland würde die verlangte Räumung von Kleinasien annehmen unter der Bedingung, daß ein sofortiger Waffenstillstand abgeschlossen wird. Im Falle der Annahme würden die Parlamentäre zur Festsetzung der Bedingungen in einer neutralen Zone zusammenkommen.

Einer weiteren Meldung zufolge steht bei Smyrna eine große Schlacht bevor. Der Fall Smyrnas wird stündlich erwartet.

Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ ist der König von Griechenland heimlich aus Athen in unbestimmter Richtung abgereist.

### Venizelos nach Athen zurückgerufen.

Wie „Evening Standart“ meldet, hat die griechische Regierung sich an die Alliierten mit der Bitte um Herbeiführung eines Waffenstillstandes gewandt. Man hält die Lage Griechenlands in Kleinasien und im Lande selbst für sehr kritisch. Venizelos ist nach Athen zurückgerufen worden. Die Presse fordert den Rücktritt der Regierung.

### Sowjetrussische Preise.

**Riga**, 6. September. In dem offiziellen Organ „Das Wirtschaftsleben“ sind die von der russischen Reichsbank festgesetzten ausländischen Wechselkurse veröffentlicht. Danach zahlte die Reichsbank am 21. August für eine deutsche Mark 4000 Sowjetrubel. Aus den Angaben desselben Blattes über die Moskauer Marktpreise in der zweiten Augusthälfte geht hervor, daß ein russisches Pfund (400 Gramm) Schwarzbrot 180 000 Sowjetrubel = 45 deutsche Mark kostet. Bei der Umrechnung der Moskauer Marktpreise in deutsche Währung geht hervor, daß gegenwärtig in Moskau folgende Lebensmittelpreise festgesetzt sind: Ein Kilo Weizenbrot 287 Mark, ein Kilo Roggenbrot 112 Mark, ein Kilo Kartoffeln 75 Mark, ein Kilo Rindfleisch 770 Mark, ein Kilo Naturbutter 1345 Mark, ein Kilo Zucker 1030 Mark. Ferner sind folgende Preise charakteristisch: eine Schachtel Streichhölzer 6 Mark, ein Artschin schlechtesten Kattuns 185 Mark, ein Paar Herrenstiefel 11 460 Mark.

*

Nach einer Meldung aus Charkow haben die ukrainischen bolschewistischen Behörden einen neuen Prozeß gegen die Organisation Petljuras unter der Bezeichnung „8. Aufstandsgebiet“ beendet. Von 250 Angeklagten wurden 88 zur Todesstrafe durch Erschießen verurteilt. Die massenweise Erschießung von Ukrainern ist gegenwärtig auf der Tagesordnung.

## Stadtverordnetenversammlung zu Bromberg.

### Große Lärmszenen im Stadtparlament.

Der Sitzungssaal der Bromberger Stadtverordnetenversammlung war am gestrigen Donnerstag der Schauplatz skandalöser Vorgänge, die — des Eindrucks konnte man sich nicht erwehren — eher staats- als kommunalpolitischen Ursprungs waren. Die Sitzung, die auf 6 Uhr anberaumt war, konnte erst um 7 Uhr beginnen, da die Arbeitslosen, deren sich die Stadt durch ihre Heranziehung zu Notstandsarbeiten angenommen hatte, auf das Gerücht hin, daß die Arbeiten am kommenden Dienstag eingestellt und die dabei beschäftigten Arbeiter wieder brotlos werden sollen, kurz vor Beginn der Sitzung eine Abordnung zum Magistrat entsandt hatten, der um Aufklärung ersucht wurde. Die Verhandlungen, bei denen auch Stadtverordnete zugegen waren, dauerten eine Stunde. Während dieser Zeit waren die Eingangstüren zu dem Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung von Arbeitern, denen das Gerücht zu Ohren gekommen war, dicht umlagert und während der öffentlichen Sitzung wurde auch der Zuschauerraum von ihnen vollends in Anspruch genommen.

Die Sitzung setzte, nach Erledigung kleinerer Sachen, mit einem Spektakel ein, den die bisherigen Stadtverordnetenversammlungen in ihren vier Wänden kaum erlebt haben dürften. Als der Magistratsantrag auf Bewilligung weiterer Kosten zur Fortsetzung der Arbeiten am Stadion (Sportplatz) in Höhe von 23 872 800 Mark verlesen worden war, wurde von der sozialistischen Fraktion die Anfrage an den Magistrat eingebracht, ob es sich bewahrheite, daß die Notstandsarbeiten am Dienstag beendet sein und die hierbei beschäftigten Arbeiter wieder der Straße ausgeliefert werden sollen. Es wurde die Antwort erteilt, daß sämtliche angefangenen Arbeiten zunächst beendigt werden — und dies sei am Dienstag oder Donnerstag nächster Woche zu erwarten. Die neu in Angriff zu nehmenden Arbeiten würden ausgeschrieben werden, so daß die Arbeiter ohne Unterbrechung für längere Zeit versorgt sein würden. Daraufhin kam es zwischen der sozialistischen Fraktion, die als Vertreterin der Arbeiterinteressen auftrat, und der Polnischen Nationalen Arbeiterpartei, die dieses Verdienst für sich in Anspruch nahm, zu einer langen, scharfen Auseinandersetzung. Dem Stadtv. Kronenberg wurde vorgehalten, daß er die Massen in den Sitzungssaal gelockt hätte, was leicht unerquickliche Vorgänge zur Folge haben könnte, und der Stadtv. Banach warf diesem sogar unlautere Manipulationen bei seiner Tätigkeit in der Arbeiterbewegung vor, was im Saale große Entrüstung her-

## Unter sibirischen Auswanderern.

### Auf einer Bahnstation am Baikalsee.

Die neue Völkerwanderung im ehemaligen Russischen Reich entsendet Ströme von Menschen nach allen Himmelsrichtungen. Dörfer auf Rädern, so rollen die Auswandererzüge dahin. An fünfzig Güterwagen sind da aneinandergekuppelt, jeder ein fahrendes Haus mit ein paar Räumen, die durch lose gekreuzte Planken voneinander geschieden sind, während der offene Raum um die Türöffnung eine Art Korridor bildet. Viele Wochen lang leben die Leute in diesen Behausungen, oft in engster Gemeinschaft mit dem Vieh, das sie aus ihrer alten Heimat mitnehmen.

Ein solcher Güterzug, so erzählt ein Augenzeuge, hält in Myssowaja am Ostufer des Baikalsees. Wie lang der Aufenthalt dauert, weiß niemand. Vielleicht ein paar Stunden, vielleicht einen Tag, vielleicht drei Tage. Das Leben geht langsam in Sibirien, und niemand hat Eile. Die Auswanderer ergießen sich über den Bahnsteig und die Seitengleise, eine buntscheckige, malerische Menge, die meisten barbeinig, kaum ein paar etwas sorgfältiger gekleidet. Einige strecken sich am Ufer des Sees ins Gras, andere vergnügen sich damit, Kiesel ins Wasser zu werfen. Der Wagen, der die Aufschrift: „Auswandererküche“ trägt, ist jetzt verlassen, denn die neben den Gleisen auf Böcken aufgestellten Tische, auf denen die Bauernfrauen Fisch und Eier, Sahne, Klößchen von gehacktem Fleisch und Pasteten aufgebaut haben, besitzen jetzt größere Anziehungskraft. Eine von der Regierung angestellte Köchin, sauber in Weiß gekleidet, lehnt lässig in der Türöffnung des Wagens, eine Zigarette rauchend, während sich im Innern zwischen Töpfen und Pfannen, ihr männlicher Genosse flegelt. Ein Anschlag an der Tür verkündet die Preise, die von der Regierung theoretisch festgesetzt worden sind: Kohlsuppe mit Fleisch 4 Kopeken, eine Flasche Milch 7 Kopeken, ein Pfund Schwarzbrot 3 Kopeken, ein Pfund weißes Brot 5 Kopeken. Etwas entfernter hält der Krankenwagen, gleichfalls ursprünglich ein Güterwagen, aber mit herausgebrochenen Fenstern und mit ordentlichen Betten ausgestattet. Zwei uniformierte Pflegerinnen stehen in der Tür.

Da läutet eine Glocke. Die Staatspolizei und die Bahnbeamten setzen sich in Bewegung, schreiten auf und nieder und brüllen: „Einsteigen! Einsteigen!“ Aber ihre Aufforderung könnte nicht weniger Wirkung tun, wenn sie stumm wären. Die Älteren unter den Auswanderern stehen unbekümmert, in schwatzenden und gestikulierenden Gruppen umher. Die Jugend lacht, schäkert und hascht sich. Die kleinen Kinder hocken und krabbeln im Staub, an schmutzigen Brotrinden knabbernd oder unverständlichen Spielen eigener Erfindung sich hingebend. Frauen kämmen sich die verwirrten Haare, schwatzen, suchen schreiende Säuglinge zur Ruhe zu bringen, spülen Teekessel aus, handeln um geringes Geld Lebensmittel ein. Zu Hunderten sind in fieberischer Eile nasse Kleidungsstücke an allen möglichen und unmöglichen Orten zum Trocknen aufgehängt worden. Sie zieren Zäune und Bänke, Telegraphenstangen und Signalmasten, auf Seitengleisen stehende Wagen und Sträucher.

Wieder ertönt die Glocke. „Einsteigen!“ rufen die Polizisten in ihren langen schwarzen Röcken, mit ihren Degen und Revolvern imponierende Erscheinungen. Sie laufen hin und her und rütteln die Unaufmerksamen an den Schultern. Nun fangen die Leute an, sich langsam wieder ihrem fahrenden Heim zuzubewegen, eine kaleidoskopisch durcheinanderwimmelnde Masse von Farben. Rasch wird die noch wenig getrocknete Wäsche zusammengeholt. Hochbeladen laufen die Weiber hin und wieder; die Kinder kommen ihnen halbwegs entgegen und helfen, die Blusen, Hosen und Hemden im Wagen zu bergen. „Einsteigen!“ ruft nochmals der Stationsmeister, indem er jeden, der ihm in die Quere kommt, in den Zug hineinschiebt. Die Glocke läutet, die Maschine pustet und ruckt an, langsam setzt sich der Zug in Bewegung.

Da ertönt ein Schrei. Eine Flut verzweifelter Worte folgt. Ein Mädchen in der Türöffnung eines Wagens zeigt mit entgeistertem Gesicht auf ein Hemd, das sie zu holen vergessen hat. Eine weiße Fahne, flattert es noch von einem Zaunpfahl, ein paar Meter von den Gleisen entfernt. Sie überschlägt die Entfernung und nestelt schluchzend an ihrem Mieder; das verlorene Stück Wäsche ist das einzige, das sie besaß. Da wirft sich ein kräftiger junger Bursch in Schaftstiefeln und blauer Hemdbluse aus einem benachbarten Wagen, stößt die Arme der Bahnbeamten zurück, die ihn festhalten wollen, und rast vorwärts. Ein Griff, ein Riß, ein zweiter noch durchdringenderer Schrei aus dem Zug, der langsam weiter fährt. Aber der Retter schwingt seine Beute hoch in der Rechten. Das Haupt gesenkt und die Arme wie Dreschflegel schwingend, saust er hinter dem Zug her. Nun hat er, keuchend und puterrot, den letzten Wagen erreicht. Zwei Polizisten der Station sind ihm nachgelaufen; sie sind selbst zu atemlos, als daß sie ihre Flüche und Drohungen loswerden könnten. So stecken sie ihre wütend geschwungenen Schwerter wieder ein und helfen dem Jüngling, der halb springend, halb geworfen, in die ausgestreckten Arme seiner Kameraden fliegt. Einen Augenblick taucht alles im Wagen unter, denn die Helfer sind von dem Anprall selber umgeworfen worden. Dann rappelt sich der kühne Ritter wieder empor, erscheint an der Türöffnung und läßt triumphierend seine Beute im Winde wehen. Mit halbem Leib aus ihrem Wagen heraushängend, erblickt ihn seine Dame und klatscht jubelnd in die Hände.

In Possolsk, dreißig Werst entfernt, dürfte das heiß erkämpfte Stück wieder seiner Eigentümerin ausgehändigt worden sein. . . . Vielleicht sind die beiden jetzt schon verheiratet.

vorrief. Die Entgegnungen der sozialistischen Stadtverordneten, die die Vorwürfe in Abrede stellten, wurden mit andauerndem großen Lärm und Zurufen aus der Mitte der Nationalen Arbeiterpartei sowie der Bürgerlichen Partei aufgenommen, so daß schließlich die Mitglieder des Magistrats und auch viele Stadtverordnete den Sitzungssaal verließen. Hierauf trat eine kurze Unterbrechung ein und nach Wiederaufnahme der Sitzung ersuchte der Stadtv. Kronenberg den Stadtv. Banach, die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zurückzunehmen widrigenfalls er gezwungen wäre, diese Angelegenheit auf gerichtlichem Wege auszutragen. Die Zurücknahme erfolgte nicht, worauf man in die weitere Erledigung der Tagesordnung eintrat. Der Magistratsantrag auf Bewilligung von 22 872 800 Mark für die Arbeiten am Stadion wurden bewilligt.

Von der übrigen Tagesordnung ist ein weiterer Magistratsantrag hervorzuheben, der für die weitere Beschäftigung der Arbeitslosen, deren es in Bromberg etwa 400 gibt, 15 Millionen fordert. Der Betrag soll für Erdarbeiten Verwendung finden, die vom Magistrat ausgeführt werden sollen. Der Antrag fand die Zustimmung der Versammlung. Bewilligt wurden endlich 11 Millionen Mark zur Beendigung der Arbeiten an der neuen Pumpstation, an der bereits seit 1920 gearbeitet wird und an der bereits 7 Millionen Mark verbaut worden sind.

In die städtische Kommission zur Bekämpfung des Alkoholismus wurden gewählt: Matecki und Sosnowski als Mitglieder und Kiedrowski und Kronenberg als deren Vertreter.

Die öffentliche Sitzung wurde erst in später Abendstunde geschlossen.

# Aus Stadt und Land.

**Bromberg, 8. September.**

### Änderung der Wahlbezirke.

Das Statistische Amt der Stadt Bromberg schreibt uns: Bei der Aufstellung der Wählerlisten hat es sich herausgestellt, daß die Zahl der Einwohner in einigen Bezirken bedeutend gestiegen ist. So ist z. B. die Zahl der Wähler im 34. Bezirk, der in Schleusenau die Straßen Slaska, Jasna, Granicza, Wrocławska und in Jägerhof die Nakeler Straße umfaßt, seit den letzten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung um 520 Wähler angewachsen, so daß die Zahl der Wahlberechtigten von 1225 auf 1745 gestiegen ist und diese Zahl ist für einen Bezirk zu hoch. Infolgedessen wird die Slaska und Granicza aus dem Bezirk 34 ausgeschlossen und beide Straßen werden dem Bezirk 33 zugeteilt, der in der Schule in Schleusenau, Nowogrodzka 4, stimmt. Sämtliche in der Slaska und Granicza wohnenden Wähler werden also hiermit benachrichtigt, daß sie dem Bezirk 33 zugeteilt worden sind und ihr Wahlrecht in der städtischen Schule in Schleusenau, Nowogrodzka 4, ausüben.

### Deutsche Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft.

Mit einem musikalischen Ereignis allerersten Ranges eröffnet in diesem Jahr die Deutsche Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft die Reihe ihrer Winterveranstaltungen: Das Blüthner-Orchester aus Berlin kommt am Dienstag, 19. September, nach Bromberg. Herr Eduard Mörike, der rühmlichst bekannte Dirigent des Deutschen Opernhauses in Charlottenburg wird das Konzert dirigieren. Auch die übrigen musikalischen Veranstaltungen sind großenteils festgelegt: für den 25. Oktober ist die Geigerin Edith von Voigtländer, für den 3. Januar die Trio-Vereinigung Schumann-Heß-Dechert verpflichtet; am 24. Januar wird das Künstlerpaar Paul und Marie Schramm (Klavier und Cello); am 8. Februar die Sängerin Frau Heckmann-Bettendorf begleitet von Hendrik de Vries (Flöte) ein Konzert geben, und für den 21. Februar ist Lotte Leonard, rühmlichst bekannt aus dem Vorjahre, wiedergewonnen. Die Liste der Redner ist noch nicht in gleichem Maße festgelegt. Am 15. Oktober ist ein fröhlicher Abend von Robert Johannes (Sohn) geplant und Anfang Dezember ein Tanzabend des russischen Tänzers Jril Gadescov mit seiner Partnerin Ellen Sinding.

Die Gesellschaft hat auch in diesem Jahr ihren Mitgliederbeitrag möglichst niedrig gehalten; er ist auf 600 M. festgesetzt. Es wird dringend gebeten, die neuen Mitgliederkarten in den nächsten Tagen auf dem Sekretariat der Gesellschaft (Danziger Straße 22 III) abzuholen. Wir verweisen auf die heutige Anzeige.

**§ In letzter Stunde ist es uns noch gelungen, in telephonische Verbindung mit Danzig zu treten. Es ist uns daher möglich, die wichtigsten Kurse in unserer heutigen Ausgabe zu veröffentlichen.**

§ **Erhöhte Gebühren und Tarife bei der Eisenbahn.** Die Strafgebühr auf der Eisenbahn beträgt seit dem 1. September d. J. ab für eine Reise ohne Fahrkarte 1000 Mark und das Vierfache des Betrages für die Fahrkarte. Die Gebühr für die Ausstellung einer Fahrkarte im Zuge ist von 120 auf 200 Mark erhöht worden. Für die Besetzung eines Platzes ohne Reiseabsicht (nur mit Perronkarte) werden anstatt 300 Mark 500 Mark erhoben. — Für unbegründetes Anhalten des Zuges durch Ziehen der Notbremse wird anstatt 10 000 Mark 15 000 Mark Strafe erhoben. — Auch die Eisenbahn-Monatsfahrkarten sind teurer geworden. Für jede angefangenen zehn Kilometer beträgt der Preis der Monatskarte 3. Klasse 3000 Mark. Die Schüler-Monatskarten kosten seit dem 1. September für 10 Kilometer 600 Mark. Der Preis für eine Bahnsteigkarte beträgt jetzt 100 Mark, für eine Monats-Bahnsteigkarte 3000 Mark.

§ **Die Gepäcknetze in den Eisenbahnwagen.** Das polnische Verkehrsministerium hat eine Verfügung erlassen, wonach das Eisenbahndienstpersonal in Zukunft mehr acht darauf geben soll, daß die Gepäcknetze in den Waggons nicht von einzelnen Personen allein ausgenützt werden. Jeder Fahrgast darf nur soviel Handgepäck in das Netz legen, als über seinem Sitz Platz ist. Das weitere muß am Gepäckschalter aufgegeben werden. — Hoffentlich bleibt diese erfreuliche Verfügung nicht nur auf dem Papier!

§ **Geldausfuhr aus Polen. — Eine Mahnung und Warnung.** Zur Ausfuhr über die Grenzen der Republik Polen sind seitens des polnischen Finanz-Ministeriums in Warschau folgende Beträge zugelassen: In ausländischer Währung der Betrag entsprechend 150 Schweizer Franken, in polnischer Währung 20 000 Mark — ohne besondere Genehmigung. Entsprechend dem Kurse des Schweizer Franken werden zurzeit 9000 Mark deutsch zugelassen. — Die meisten Reisenden beschaffen sich nicht an ihrem Wohnort den entsprechenden Betrag in deutscher Währung, sondern nehmen mehr polnisches Geld mit — als 20 000 M. p. — an die Grenzstation, besonders Friedheim, in der Erwartung, daß ihnen auf den dortigen Wechselstellen deutsches Geld dafür eingewechselt wird. Die Wechselstellen sind jedoch in vielen Fällen nicht in der Lage, soviel deutsches Geld einzuwechseln als wie gewünscht wird. Die den Betrag von 20 000 Mark polnisch übersteigende Summe wird daher zurückbehalten und kann auf der Rückreise wieder in Empfang genommen werden. Für Auswanderer ist dies sehr umständlich. Es empfiehlt sich daher, sich bereits vor Antritt der Reise mit den nötigen deutschen Geldmitteln zu versehen und sich nicht auf das Einwechseln bei der Grenzstelle zu verlassen.

§ **Gaspreis — 130 Mark der Kubikmeter.** Eine reichlich bittere Pille ist neuerdings der Bürgerschaft Brombergs vom Magistrat verabreicht worden: der Gaspreis ist von bisher 85 auf 130 Mark für den Kubikmeter erhöht worden. In den (fast schon sagenhaften) Vorkriegszeiten betrug der Gaspreis in Bromberg jahrelang 13 (dreizehn) Pfennig je Kubikmeter, woraus sich ergibt, daß die jetzige Preisfestsetzung — wenn man die Worte und Begriffe Mark und Pfennig von damals und heute gleichsetzt — das tausendfache des früheren Preises beträgt. Eine solche Gleichsetzung wäre natürlich nicht zu rechtfertigen. Denn vor dem Kriege hatten wir Goldwährung und jetzt sozusagen „Papierwährung". Zwischen Mark und Mark damals und heute besteht also ganz naturgemäß an und für sich, auch ohne die grundstürzende Geldentwertung der letzten Jahre, eine riesige Wertdifferenz. Wer heute etwa in der glücklichen Lage wäre, mit Goldgeld zahlen zu können, würde viel billiger leben als zu ehemaligen Friedenszeiten. Denn wenn er täglich nur ein Zehnmarkstück herausgeben würde — also einem Friedenseinkommen von 300 Mark monatlich entsprechend — könnte er dafür heute pro Tag rund 14 000 polnische Mark verausgaben. Das würde schließlich auch für minder bescheidene Ansprüche genügen, und ihm jedenfalls ein üppigeres Dasein gestatten als mit 10 Mark täglich vor zehn Jahren.

§ **Zur Hundesperre** veröffentlicht die Polizeiverwaltung heute eine Bekanntmachung zwecks Änderung der Bestimmungen, auf die wir alle Hundebesitzer hinweisen.

§ **Beschlagnahme von Bernstein.** Am Mittwoch beschlagnahmte die Kriminalpolizei drei größere Stücke Bernstein, die zwei kleine Burschen in einem Laden verkaufen wollten. Etwaige Geschädigte können sich auf der Kriminalpolizei im ehemaligen Regierungsgebäude, Zimmer 41, melden.

§ **Festnahme von Trunkenbolden.** Als sinnlos betrunken wurden heute nacht zwei Männer von der Kriminalpolizei im Rinnstein aufgelesen und zu ihrer eigenen Sicherheit in das Polizeigefängnis eingeliefert. Es handelt sich um einen 23jährigen jungen Mann aus Exin und einen 35jährigen Kellner von hier.

§ **Verhaftung eines Gelegenheitsdiebes.** Die Kriminalpolizei verhaftete den Schlosser Stanislaus Niedzalek, der auf der hiesigen Fliegerstation beschäftigt war und dort bereits mehrmals bei günstiger Gelegenheit Benzin und Glyzerin gestohlen hatte. Die bisher entwendete Menge konnte noch nicht festgestellt werden.

§ **Treibriemendiebstahl.** In der Nacht zum 29. August wurde in der Sägemühle von Regenbrecht, Radzionka, Kr. Bromberg, ein Treibriemen, 12 Meter lang und 15 bis 20 Zentimeter breit, im Werte von 500 000 Mark gestohlen.

§ **Einbruchsdiebstähle.** In der Zeit vom 1. bis 5. d. M. drangen Einbrecher mittels Nachschlüsseln in die Wohnung des Herrn Stanislaw Jakowicki, Danziger Straße (Gdańska) 137, während er verreist war. Sie erbeuteten Wäsche, einen Anzug und Schuhe. Der Gesamtwert der gestohlenen Sachen ist mit 59 000 Mark angegeben. — Eingebrochen wurde ferner in die Werkstatt des Fleischermeisters Felix Lyskawa, Albertstraße (Garbary) 15. Die Diebe entwendeten dort 60 Pfund Mettwurst, 40 Pfund Bratwurst und eine weiße Fleischerschürze. Die gestohlenen Sachen haben einen Gesamtwert von 136 000 Mark. Am Tatort ließen die Spitzbuben eine Wagenrunge und einen Hammer zurück.

§ **Wäschediebstahl.** Gestern drangen Diebe in das Hotel „Boston", Bahnhofstraße (Dworcowa) 7a, und entwendeten Bett- und Leibwäsche im Werte von 150 000 Mark.

*

### Vereine, Veranstaltungen 2c.



# Handels-Rundschau.

**Die polnische Seefischerei.** In Polen befassen sich mit der Seefischerei 883 Familien in 25 Ortschaften. Sie besitzen: 61 Motorkutter, 4 Motorboote, 13 Segelboote, 75 große und 766 kleine Boote. Außerdem stellt ihnen das Polnische Seefischereiamt 4 Motorkutter leihweise zur Verfügung. Durch Gewährung von Darlehen und Erteilung von Garantien für Bankkredite ermöglichte dieses Amt den Fischern die Erwerbung von 4 Motorkuttern. Das Amt besorgt für die Fischer allerlei Fischereigerät. Kostenlose Genehmigungen zur Ausübung des Fischereirechtes wurden vom Fischereiamt gegeben: 858 polnischen Staatsangehörigen, 95 Optanten und 6 Danziger Bürgern.

**Polnisch-holländische Handelsbeziehungen.** Die holländische Regierung machte der polnischen den Vorschlag, Verhandlungen zum Zwecke des Abschlusses eines Handelsvertrages aufzunehmen. Das holländische Kapital interessiert sich in besonderer Weise für die Errichtung von Filzhutfabriken in Polen, da solche Fabriken in Polen gänzlich fehlen, obwohl Polen nach Deutschland die höchste Anzahl von Hasenfellen verarbeitet, die den Rohstoff für die Filzfabrikation liefern. Die polnische Regierung hat den Vorschlag Hollands wohlwollend angenommen, so daß die Verhandlungen bereits in den nächsten Tagen aufgenommen werden sollen.

**Verdoppelung des Großhandelindex in Deutschland.** Die Großhandels-Indexziffer ist während des August auf 28 919 gestiegen, gegen 13 935 Anfang August. Im August ist also mehr als eine Verdoppelung eingetreten.

**Posener Viehbörse vom 6. September. Rindvieh:** 1. Klasse 52 000—54 000, 2. Klasse 44 000—46 000, 3. Klasse 16 000—17 000 M.; **Kälber:** 1. Klasse 90 000—92 000, 2. Klasse 76 000—78 000 M.; **Schweine:** 1. Klasse 156 000—158 000, 2. Klasse 148 000—150 000, 3. Klasse 130 000 bis 136 000 M.; **Schafe:** 1. Klasse 56 000—58 000, 2. Klasse 48 000 bis 50 000 M.

**Warschauer Börse vom 7. Septbr. Schecks und Umsätze:** Belgien 545—522,50—533. Berlin 5,90—5,70—5,75. Danzig 5,85—5,75. London 33 250—32 100—32 350. Neuyork 7250—7150. Paris 590—560—575. Prag 265. Wien (für 100 Kronen 11,50 bis 11,25. — **Devisen** (Barzahlung und Umsätze): Dollars der Vereinigten Staaten 7100—7150. Englische Pfund —. Tschechoslowakische Kronen —. Kanadische Dollars 7100—7150. Belgische Franks —. Französische Franks 570. Deutsche Mark 6—5,90.

**Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 7. Septbr.** Holl. Gulden 49 450,50 Geld, 49 549,50 Brief. Pfund Sterling 5644,35 Gd., 5655,65 Br. Dollar 1268,73 Gd., 1271,27 Br. Polennoten 18,11 Gd., 18,14 Br., Auszahlung Warschau 17,73¼ Gd., 17,76¼ Br., Auszahlung Posen 17,73½ Gd., 17,76½ Br. Paris —,— Geld, —,— Brief.

**Schlußkurse vom 7. Septbr.** Danziger Börse: Dollarnoten 1375 Geld, 1325 Brief. Polennoten 19. Neuyorker Börse: Deutsche Mark 0,07⅛ (Parität 1355,93).

**Kursbericht.**

Die Polnische Landesdarlehnskasse zahlte heute für deutsche 1000- u. 100-Markscheine 540, für 50-, 20- u. 10-Markscheine 520, für kleine Scheine 440. Gold 1439. Silber 236.

# Wasserstandsnachrichten.

**Der Wasserstand der Weichsel** betrug am 6. Septbr. bei Toruń (Thorn) + 0,46, Fordon + 0,39, Chełmno (Culm) + 0,36, Grudziądz (Graudenz) + 0,53, Kurzebrack + 0,87, Pieckel + 0,28, Tczew (Dirschau) + 0,44, Einlage + 2,22, Schiewenhorst + 2,46, Marienburg —, Wolfsdorf —, Anwachs — Meter. Zawichost am 6. Septbr. + 0,85 Meter. Kraków am 6. Septbr. — Meter. Warszawa am 6. Septbr. + 0,58 Meter. Płock am 6. Septbr. + 0,64 Meter.


Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für Politik: Johannes Kruse; für „Stadt und Land" und den anderen redaktionellen Teil: Karl Bendisch; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

**Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.**


# Die polnische Architektur und der mitteleuropäische Kulturkreis.

Die kulturelle Entwicklung der Völker bietet äußerst interessante, aber schwierige Probleme, zu denen man von den verschiedensten Gesichtspunkten aus Stellung nehmen kann. Der Geschichtsforscher, besonders der Kultur- und Kunsthistoriker, der Geograph und viele andere müssen hier zusammenwirken, um ein möglichst einwandfreies objektives Urteil zu ermöglichen.

Besonders die polnische Kulturentwicklung ist viel umstritten. Eine ganze Anzahl von Schriften beschäftigt sich damit, die polnische Kulturentwickelung in ihren wesentlichen Zügen klarzustellen, leider nicht immer mit voreingenommener Stellungnahme zu den tatsächlichen Verhältnissen. Um so wertvoller sind wissenschaftliche Untersuchungen, die die Dinge möglichst exakt zu prüfen suchen. Ein wertvoller Beitrag über die polnische Kultur liegt in dem soeben erschienenen „Architektonischen Atlas von Polen" vor, den der Architekt P. Juckoff im Auftrag der ehemaligen Landeskundlichen Kommission in Warschau verfaßt hat. Der Atlas ist in der bekannten Serie „Beiträge zur polnischen Landeskunde" erschienen, die von Privatdozent Dr. Wunderlich herausgegeben worden sind. Der Atlas untersucht an der Hand von 255 gut gelungenen Originalaufnahmen und einem ausführlichen Verzeichnis sämtlicher polnischer Baudenkmäler die Stilverhältnisse der Bauwerke in Polen. Dieses Verzeichnis der Baudenkmäler ist die erste derartige Zusammenstellung und sichert dem Werk allein schon für die Kunstwissenschaft einen bedeutenden Wert. Die Prüfung der Stilverhältnisse zeigt nun, daß die Bauwerke selten rein polnischen Ursprungs sind; fast alles stammt von Deutschen, Niederländern und Italienern, oder ist mindestens von mitteleuropäischen Künstlern stark beeinflußt. Im östlichen Polen treten, wenigstens für die neuere Zeit, starke russische Einflüsse hinzu. Für die Fragen nach den kulturellen Zusammenhängen Polens und der Nachbarländer ist dies von außerordentlicher Bedeutung. Polen gleicht, was ja in der physiographischen Ausgestaltung des Landes begründet ist, sozusagen einer flachen Insel, die immer wieder von fremden Kulturwellen überspült wurde. Diese fremden überfluten sind es in erster Linie gewesen, die, soweit zunächst die Architektur in Frage kommt, dem Lande seinen kulturellen Stempel aufgeprägt haben, und gegenüber vielen Fragen der unmittelbaren Gegenwart gewinnt namentlich die Erkenntnis, daß sich besonders die von Westen, namentlich auch die von Deutschland kommenden Kulturströme, als maßgebend für die polnische Kulturentwicklung erwiesen haben, ganz besondere Bedeutung.

# Was der Film enthüllt.

Nicht von „Enthüllungen" sensationeller Art soll hier die Rede sein, die gewisse Filmgattungen diskreditiert haben, sondern von jenen Enthüllungen neuer Erkenntnisse und Beobachtungen, die der Film als Helfer der wissenschaftlichen Forschung darbietet. Die Heilwissenschaft und besonders der medizinische Unterricht haben sich in letzter Zeit immer mehr der Kinematographie bemächtigt. Es gibt jetzt Aufnahmen von Operationen, aus denen der Student sehr viel mehr lernen kann, als aus der Beobachtung der Operationen selbst. Mit Hilfe der „Zeitlupe" ist es möglich, jede Bewegung der Hände oder des Messers des Chirurgen so zu verlangsamen, daß man sich über die feinsten Einzelheiten und Handgriffe klar werden kann. Auch sonst wird der Film in immer ausgedehnterem Maße für die Wissenschaft nutzbar gemacht. Die Lagerung der Atome beim Stahl wird z. B. auf kinematographischem Wege festgestellt, und es gelingt, durch außerordentliche Vergrößerung gewisse Fehler zu erkennen, die bei der Verwendung dieses Stahls die Maschine unbrauchbar und gefährlich machen würden. Man benutzt auch den Film im Taylorsystem, in dem die Handleistungen bestimmter Arbeitergruppen kinematographisch festgehalten und als Muster vorgeführt werden, um auf diese Weise überflüssige Bewegungen bei der Arbeit auszuschalten. Andere interessante Filmaufnahmen sind z. B. die Photographie von Billardkugeln, die von Meistern des Billardspiels gestoßen werden und in ihrem Lauf wertvolle Aufschlüsse über die Kunst des Spieles bieten. Nicht minder erstaunliche Enthüllungen gewährt die Kinematographie der Beine eines Rennpferdes, das in vollster Schnelligkeit beim Endspurt aufgenommen ist, oder man orientiert sich im Film über die Bewegungen der Wünschelrute in der Hand eines Quellensuchers, wodurch bewiesen werden kann, daß die Rute nicht etwa durch bestimmte Willensäußerungen des Trägers gelenkt wird.

Alle diese Enthüllungen werden mit Hilfe der Zeitlupe gewonnen. Man bedient sich bei diesen Aufnahmen einer Kamera, die von dem gewöhnlichen Filmapparat verschieden ist, und zwar bedarf man zur Aufnahme dieser verlangsamten Bilder einer schnelleren Kamera, die nicht weniger als 240 Bilder in der Sekunde aufnimmt, während der gewöhnliche Apparat nur 16 Bilder in der Sekunde festhält. Der zu wissenschaftlichen Zwecken benutzte Apparat ist viel schwerer als der gewöhnliche, muß stabiler gebaut sein, damit er ganz feststeht und kostet das Doppelte. Die Bilder, die auf diese Weise aufgenommen werden, können auf der Leinwand 15 mal langsamer projiziert werden als die gewöhnlichen. Ein Mann z. B., der einen Sprung ausführt, erscheint dann in der Luft schwimmend, während die Stellungen eines Tänzers in alle Einzelheiten der Bewegung zerlegt sind.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 185.

Bromberg, Sonnabend den 9. September 1922.

# Die polnischen Staatsfinanzen.

Von Dr. W. Guido Regendanz-Wien.

II.

Der Staatsvoranschlag für 1922 enthält folgende Hauptziffern:

| | Einnahmen | Ausgaben |
|---|---|---|
| | in Millionen poln. Mk. | |
| Staatschef | — | 65,6 |
| Parlament | 0,7 | 493,3 |
| Kontrolle | — | 705,0 |
| Ministerrat | 707,3 | 1.975,2 |
| Auswärtiges Amt | 3.425,3 | 11.943,2 |
| Heerwesen | 10.581,9 | 152.849,2 |
| Ministerium des Innern | 6.227,6 | 29.764,1 |
| Finanzministerium | 270.291,6 | 86.288,6 |
| Justizministerium | 1.186,3 | 10.449,6 |
| Industrie- und Handelsministerium | 7.644,0 | 3.328,6 |
| Eisenbahnen | 108.134,7 | 170.588,2 |
| Ackerbau | 27.820,8 | 15.038,0 |
| Unterricht | 492,5 | 49.166,2 |
| Post | 14.411,2 | 15.532,1 |
| Gesundheitswesen | 2.154,8 | 7.360,4 |
| Kunst | 25,5 | 336,5 |
| Oeffentliche Arbeiten | 1.823,8 | 23.666,8 |
| Soziale Fürsorge | 1.270,5 | 8.183,0 |
| Liquidierungsamt | 564,0 | 668,6 |
| Bodenamt | 1.816,1 | 2.990,2 |
| Preußische Provinz | 3,5 | 240,2 |
| zusammen | 458.620,3 | 591.633,9 |

In der Ausgabensumme von 591½ Milliarden sind 112 Milliarden für „Investitionszwecke" enthalten, nämlich für:

| | | |
|---|---|---|
| Heerwesen . . . | 44 | Milliarden poln. Mark |
| Eisenbahnen . . | 34 | " " " |
| Unterricht . . . | 51½ | " " " |
| Post . . . . . . | 4 | " " " |
| Öfftl. Arbeiten | 21 | " " " |

Das Budget schließt also mit einem Gesamtdefizit von 133 Milliarden. Allerdings wird darauf hingewiesen, daß 112,5 Milliarden zu Investitinszwecken verwendet würden, so daß ein eigentliches Defizit von nur ca. 20,5 Milliarden bestehe. Das Wort „Investitionen" darf aber nicht zu dem Glauben führen, daß es sich hierbei durchweg um Investitionen zu produktiven Zwecken handle und daß die als „Investitionen" bezeichneten Ausgaben sich in werbendes Kapital wandeln. Zwar sind von den für Eisenbahnen bestimmten 34 Milliarden 21 Milliarden für Neuanschaffungen von Lokomotiven und Eisenbahnwagen bestimmt. Eine Ausgabe aber von nicht weniger als 44 Milliarden für „Investitionen" des Heerwesens ist doch eine Ausgabe zu durchaus unproduktiven Zwecken, ist also ein wahres Defizit des Staatshaushaltes. Und schließlich: das Budgetpräliminare ist, abgesehen von dem fehlenden Voranschlag für Verzinsung und Amortisation der Auslandsschulden, auch sonst recht unvollständig. Denn wo ist Vorsorge für das Defizit des **Nachtragsetats** für 1921 von weiteren etwa 110 Milliarden getroffen, wo für die Kosten für die bisherige Okkupation und Verwaltung des Wilnalandes und des polnischen Oberschlesiens, die Frankreich bisher vorgestreckt hatte, wo für die Kosten der Übernahme der zu den Abstimmungsgebieten gehörenden Teile von Oberschlesien und Westpreußen, wo die Vorsorge für den Anteil an den russischen Staatsschulden, die nach dem Vertrage mit den Alliierten Polen zu übernehmen hatte?

Gegenüber diesen Budgetziffern vergleiche man die aus der Veröffentlichung des Völkerbundes übernommenen Ziffern über das polnische Budget für 1920 und 1921, wobei bemerkt sei, daß diese Ziffern für 1920 nur die Monate April bis Dezember umfassen und daß das im Budget für 1921 vorgesehene Defizit erheblich überschritten ist:

| | 1920 | 1921 | 1922 |
|---|---|---|---|
| | in Milliard. poln. M. | | |
| Gesamteinnahmen | 1,7 | 65,5 | 458,6 |
| Gesamtausgaben | 13,5 | 144,9 | 591,6 |
| darunter sind Ausgaben für die Armee (ohne Pension.) | 7,5 | 61,0 | 153,0 |

Die einzelnen Ziffern des Budgets für 1922 sprechen für sich selbst. Polen, das doch sparsam wirtschaften sollte, unterhält nicht mehr als 25 Militärattachés und will bei einer Nettoeinnahme des Finanzministeriums aus Steuern, Zöllen usw. von 180 Milliarden nicht weniger als 142 Milliarden (nach Abzug der Einnahmen) für Heereszwecke ausgeben! Für Ausgaben des Kriegsministeriums sind 153 Milliarden poln. M., also ein Drittel der gesamten Einnahmen des Staates, veranschlagt. Diese Ziffern allein kennzeichnen die polnische Staatswirtschaft als ungesund, selbst wenn sie sich überhaupt in den präliminierten Grenzen halten würde.

Das zweitgrößte Defizit weisen die Staatsbahnen auf, nämlich 62½ Milliarden poln. M., von denen 34 Milliarden allerdings für Investitionszwecke vorgesehen sind.

Von den Ausgaben des Staatsministeriums sind allein 50 Prozent, nämlich 41 Milliarden, für Pensionen und Ruhegehälter bestimmt. Von außerordentlichen Einnahmen sieht das Budget die Vermögensabgabe mit 80 Milliarden, die Bereicherungssteuer und die ausgleichende Vermögensabgabe mit je 5 Milliarden poln. M. vor.

Es lohnt sich nicht, noch weiter auf die einzelnen Posten des Staatsvoranschlages einzugehen, da nach allen Nachrichten aus Polen es jetzt schon feststeht, daß dieser Voranschlag im Jahre 1922 faktisch weit überschritten werden dürfte*). Nicht nur sind die Einnahmen keineswegs in solcher Höhe eingegangen, wie sie veranschlagt waren, so die Vermögensabgabe, die doch innerhalb einer sehr kurzen Frist erhoben werden sollte (nach dem Gesetz vom 16. Dezember 1921 vier Wochen nach Veranlagung die erste, und sechs Wochen später die zweite Rate) und deren Erträgnis mit 79,6 Milliarden veranschlagt war, bis zum 20. Mai 1922 mit nur 50,7 Milliarden, sondern es kam auch ein großer Teil von Zolleinnahmen dadurch in Wegfall, daß im Jahre 1922 die Zölle für Lebensmittel und viele Rohstoffe längere Zeit suspendiert wurden, um der Teuerung entgegenzuwirken. Die Teuerung selbst, die in einer Anzahl von Bedarfsartikeln im Frühjahr 1922 eine Steigerung von 40 Prozent brachte, hat eine Erhöhung der Beamtengehälter, der Offiziersgehälter und des Mannschaftssoldes um 50 bis 60 Prozent notwendig gemacht, und dem werden weitere Erhöhungen folgen müssen, da das in Aussicht stehende Mieterschutzgesetz wesentliche Steigerungen des Mietzinses mit sich bringt, die die Beamten auf den Staat und die privaten Unternehmungen auf den Konsumenten abwälzen, und wodurch sie zu der Erhöhung der Teuerung noch mehr beitragen werden. Auch die preispolitischen Maßnahmen der Regierung gegen die Teuerung, wie Ermäßigung der Bahn- und Zolltarife, wird das Bild des Budgets stark zuungunsten des Staates verschieben, und endlich heißt es („Nowa Reforma" vom 2. April 1922), daß die Erhaltung des Markkurses in Zürich auf dem Kurs von 13 Centimes mit großen Opfern verbunden sei. Auch der Finanzminister hat in der Sitzung des Finanzrates vom 31. Mai 1922 zugegeben, daß das Defizit im Staatshaushalt sich immerfort steigert, was auf die kontinuierliche Erhöhung der Beamtengehälter zurückzuführen sei. Der Finanzminister plant deshalb, die Staatsbahnen, die den Etat besonders belasten, an privatwirtschaftliche Unternehmungen zu verpachten.

Man kann ohne pessimistische Übertreibung jetzt schon annehmen, daß das effektive Defizit Polens für 1922 viele hunderte Milliarden ausmachen wird. Im Ausweise der Notenbank, der **Polnischen Landesdarlehnskasse**, kommt dies allerdings noch nicht zum Ausdruck. Hier zeigt sich vielmehr neben einer mäßigen weiteren Steigerung des Notenumlaufes — verursacht durch Diskontierung von Wechseln — sogar ein leichter Rückgang der Verschuldung des Staates bei der Notenbank (im Ausweis vom 4. März 1922 nur noch 217 Milliarden poln. M.). Aber diese Besserung der Staatsfinanzen ist eine scheinbare. Ist doch inzwischen die Vermögensabgabe, die als „einmalige" ja keine dauernde Einnahme darstellt, mit 50 Milliarden poln. M.) eingegangen, und es hat ferner die Notenbank beim Umtausch der alten außer Kurs gesetzten polnischen Marknoten einen Gewinn von 15 Milliarden poln. M. gemacht — dieser riesige Betrag ist nämlich (nach Mitteilung der Wiener „Berichte aus den Neuen Staaten") nicht zum Umtausch eingereicht worden. Endlich sind 4 Millionen £ (von der Notenbank) und 6 Millionen Dollars neuer Anleihen aufgenommen worden, über deren Verwendung übrigens aus dem Ausweis der Notenbank nichts zu ersehen ist, obgleich nach den vorliegenden Meldungen der Gegenwert für die 4 Millionen £ in polnischer Mark den englischen Gläubigern bei der Notenbank gutgebracht werden sollte.

Ohne diese „extraordinären" Einnahmen wäre aller Voraussicht nach der Notenumlauf, der am 31. Mai 1922 den Betrag von 276 Milliarden erreicht hatte, jetzt schon erheblich weiter gestiegen; seine Steigerung in allernächster Zeit erscheint unvermeidlich, wenn nicht inzwischen durch das Erträgnis neuer äußerer Anleihen der Staat sich auf andere Weise Mittel verschafft. Wie er allerdings diese neuen Anleihen noch verzinsen und amortisieren soll, bleibt unersichtlich, da das zu 80 Prozent aus agrarischen Abgeordneten bestehende Parlament nicht die nötigen Steuern, die die Landwirtschaft belasten würden, bewilligen wird, obwohl die Agrarbevölkerung heute im Verhältnis zur Stadtbevölkerung ein viel reicheres Einkommen hat als früher, da außerdem der Verwaltungsapparat zur Einziehung der Steuern völlig unzulänglich ist. Es ist bei der Mißlage des Staates kein Ruhm, wenn der Finanzminister in Budgetreden feststellt, daß im Jahre 1921 in Kongreßpolen und in Kleinpolen die Belastung mit direkten Steuern nur einem Fünftel bzw. einem Siebentel der Vorkriegsbelastung entsprochen hätte, und daß trotz der mißlichen Umstände die indirekten Steuern, die bisher nur ein Sechstel der Vorkriegseingänge betrugen, im Jahre 1922 nur acht Elftel der Vorkriegseingänge betragen sollen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird also schon die allernächste Zeit beweisen, daß Polen zunächst keinen anderen Ausweg aus seinen Finanznöten als erneute starke Inanspruchnahme der Notenpresse findet, da Industrie und Handel steuerlich bereits so belastet sind, daß ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt stark gelitten hat — es sei denn, daß es gelingt, die französische Anleihe von 1 Milliarde Goldfranks abzuschließen, um die schon so lange verhandelt wird, für die aber offenbar auch den Franzosen die Sicherheiten nicht genügend erscheinen. —

Schon die starke Passivität der **polnischen Handelsbilanz** deutet darauf hin, daß nicht etwa durch stärkere Belastung der Produktion und des Handels das frühere oder auch nur das neue Defizit getilgt werden könne.

*) In der Parlamentssitzung vom 6. Juli 1922 erklärte die Regierung, daß nunmehr das Budgetdefizit schon 400 Milliarden anstatt der von Michalski geschätzten 165 Milliarden (für das ganze Jahr) betrage.

# Pommerellen.

8. September.

## Thorn (Toruń).

‡ **Thorner Marktbericht.** Am Donnerstag waren eine Anzahl Landleute und Händler mit ihren Erzeugnissen und Waren auf dem Marktplatz anwesend, da sie annahmen, daß morgen **gesetzlicher Feiertag** (Mariä Geburt) sei. (Eine amtliche Ankündigung, ob der Feiertag als gesetzlicher Feiertag zu begehen sei oder nicht, ist bisher nämlich nicht ergangen.) Es hatten sich auch eine beträchtliche Anzahl Käufer eingefunden, die heute allen Grund hatten, über die hohen Preise zu jammern. Da verhältnismäßig wenig Angebot herrschte, waren die **Preise** teilweise bedeutend in die **Höhe geschraubt** worden. Es gab Butter, Eier, Gemüse und Fische in unzureichenden Mengen; Obst dagegen war sehr reichlich angeboten. **

‡ **Unsere Straßenlaternen** (für Gasbeleuchtung) bedürfen dringend eines **neuen Ölanstriches**, wenn sie nicht in kurzer Zeit **dem Rost** zum Opfer fallen sollen. Man kann ruhig behaupten, daß fast **jede** einzige Laterne im Laufe der Jahre ihres alten Schutzanstriches mehr oder weniger verlustig gegangen ist und der Luft und der Feuchtigkeit große Angriffsflächen für ihre Zerstörungsarbeiten bieten. **

‡ **Von der Weichsel bei Thorn.** Der Wasserstand betrug Donnerstag früh 0,42 Meter über Null. Eingetroffen sind zwei Traften Holz. Abgefahren ist Dampfer „Polsal I", Kapitän Szeffera, mit einem mit Holz beladenen Kahn nach Danzig, ferner ein Kahn der Warschauer Transport- und Schiffahrtsgesellschaft mit Holz, ebenfalls nach Danzig. — Die Weichselflottille hat wegen einer Übungsfahrt ihre Anlegeplätze am Kai verlassen. **

**Lest das Blatt der Deutschen: die „Deutsche Rundschau".**



# Graudenz.



**Kirchl. Nachrichten.**

Sonntag, d. 10. Septbr. 1922.
(13. n. Trinitatis.)

**Evangel. Gemeinde.** 11½ Uhr: 10: Pf. Dieball. 1½ Uhr: Kindergottesdienst, Pf. Dieball. Dienstag, abds. 7 Uhr: Bibelstunde, Pf. Dieball.

**Ev. Gemeinde Piaski.** [illegible] in Piasken, [illegible] des Herrn Pf. [illegible]